

Amt der Wiener Landesregierung

Magistratsdirektion der Stadt Wien Geschäftsbereich Recht

Rathaus, Stiege 8, 2. Stock, Tür 428

1082 Wien

Tel.: +43 1 4000 82381 Fax: +43 1 4000 99 82310 E-Mail: post@md-r.wien.gv.at

www.wien.at

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

MDR - 860810-2015
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Mutterschutzgesetz 1979, das Väter-Karenzgesetz und das Angestelltengesetz geändert werden; Begutachtung; Stellungnahme

zu BMASK-462.309/0003-VII/B/7/2015

Wien, 10. November 2015

Zu dem mit Schreiben vom 3. November 2015 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes wird wie folgt Stellung genommen:

Eingangs wird darauf hingewiesen, dass dem Vorblatt keine Ausführungen zu den geschlechtsspezifischen Auswirkungen des Gesetzesvorhabens zu entnehmen sind.

Ad § 10 Abs. 1a und § 12 Abs. 1 MSchG:

Die freien Dienstnehmerinnen wurden nicht in den neu geschaffenen Schutz vor einer Beendigung im Zusammenhang mit einer Fehlgeburt einbezogen. Dies stellt gegenüber den für die Dienstnehmerinnen geltenden Regelungen eine nicht nachvollziehbare Schlechterstellung dar.

Ad § 10 Abs. 8 MSchG:

Im Gegensatz zu der Rechtsunwirksamkeit einer Kündigung einer Dienstnehmerin im Zusammenhang mit ihrer Schwangerschaft bzw. einem Beschäftigungsverbot soll die Kündigung einer freien Dienstnehmerin nur anfechtbar sein, was ebenfalls eine Schlechterstellung bedeutet

Für den Landesamtsdirektor:

Mag.^a Regina Mertz-Koller

Ergeht an:

- 1. Präsidium des Nationalrates
- 2. alle Ämter der Landesregierungen
- 3. Verbindungsstelle der Bundesländer
- 4. MA 1 mit dem Ersuchen um Weiterleitung an die einbezogenen Dienststellen



Dieses Dokument wurde amtssigniert.

Information zur Prüfung der elektronischen Signatur und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.wien.gv.at/amtssignatur